

Rahmenplan

Gymnasiale Oberstufe

Aufgabenfeld II

1. Gemeinschaftskunde (Kursstrukturplan)

Z-V HE
6-3(1995)

ches Kultusministerium

Georg-Eckert-Institut BS78



1 200 144 9

Vertrieb:
Verlag Moritz Diesterweg
Wächtersbacher Straße 89
60386 Frankfurt am Main

Bestell-Nr.: 50261

Rahmenplan
Gymnasiale Oberstufe

Gemeinschaftskunde
(Kursstrukturplan)

Ausgabe 1995

96/105

Inhaltsverzeichnis

Seite

A.	KONZEPTION DES GEMEINSCHAFTSKUNDEUNTERRICHTS IN DER GYMNASIALEN OBERSTUFE	3
1.	Aufgaben und Ziele	3
2.	Gemeinschaftskunde und politische Bildung	4
3.	Didaktische Grundsätze und Arbeitsweisen	7
4.	Grund- und Leistungskurse	9
B.	THEMENFELDER, INHALTE UND STRUKTUREN DES GEMEINSCHAFTSKUNDEUNTERRICHTS	11
1.	Themenfelder und Strukturen des Gemeinschaftskundeunterrichts	11
2.	Verbindliche Vorgaben	13
3.	Umgang mit dem Kursstrukturplan	15
4.	Themenfelder in den Jahrgangsstufen 11 bis 13	16
11 I	Themenfeld: Individuum und gesellschaftlicher Wandel	17
11 II	Themenfeld: Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen	23
12 I	Themenfeld: Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der materiellen Existenzbedingungen	29
12 II	Themenfeld: Menschenrechte und Politische Partizipation	34
13 I/II	Themenfeld: Internationale Beziehungen und auswärtige Politik	40

Z-V HE
S-3(1995)

A. KONZEPTION DES GEMEINSCHAFTSKUNDEUNTERRICHTS IN DER GYMNASIALEN OBERSTUFE

1. Aufgaben und Ziele

Demokratie braucht mündige, informierte und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger. Diese haben das Recht auf Selbstbestimmung in gesellschaftlicher Verantwortung auf der Grundlage der Rechte und Pflichten in unserem Staatswesen. Die Schulen tragen dazu bei, daß die Schülerinnen und Schüler ihre Persönlichkeit in der Gemeinschaft entfalten können.

Die Schulen haben den Auftrag, dabei mitzuwirken, daß die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten, freien und friedlichen Gesellschaft beizutragen.

Das Fach Gemeinschaftskunde als Grundfach der politischen Bildung folgt dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, wie er in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen im Hessischen Schulgesetz vorgegeben ist. Diesem Bildungs- und Erziehungsauftrag folgend, soll der Gemeinschaftskundeunterricht seinen Beitrag dazu leisten, die Schülerinnen und Schüler zu ermutigen und zu befähigen,

die Grundrechte für sich und andere wirksam werden zu lassen, eigene Rechte zu wahren und die Rechte anderer auch gegen sich selbst gelten zu lassen,
die christlichen und humanistischen Traditionen zu erfahren, nach ethischen Grundsätzen zu handeln und religiöse und kulturelle Werte zu achten,
die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,
die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,
andere Kulturen zu verstehen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten, ihre Verantwortung für die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen zu begreifen und wahrzunehmen,

ihr zukünftiges privates, berufliches und öffentliches Leben auszufüllen, bei fortschreitender Veränderung wachsende Anforderungen zu bewältigen und die Freizeit sinnvoll zu nutzen.

Die Schulen sollen den Schülerinnen und Schülern die dem Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen,

sowohl den Willen, für sich und andere zu lernen und Leistungen zu erbringen, als auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln, Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen, sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen anderer unvoreingenommen auseinanderzusetzen zu können, ihre Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksfähigkeiten zu entfalten und Kreativität und Eigeninitiative zu entwickeln.

Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, ihre Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen.

2. Gemeinschaftskunde und politische Bildung

Politische Bildung steht in einem engen Zusammenhang mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung.

Dieser Kursstrukturplan geht - in Übereinstimmung mit dem Hessischen Schulgesetz und den einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz - von einem weitgefaßten Politikbegriff aus. Dieser umfaßt die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Entwicklungen, die als für das gesellschaftliche Leben und den demokratischen Rechts- und Sozialstaat bedeutsam angesehen werden und die den Gesellschaftsmitgliedern politisch-soziale Handlungskompetenz abverlangen.

Politische Bildung muß wertbezogen sein, indem sie die Menschenrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als ihre unverzichtbaren Maßstäbe begreift.

Diese können ihrem Wesen nach nicht indoktriniert werden. Politische Bildung muß vielmehr bei der Behandlung ihrer Problemstellungen von der Sache her überzeugend darlegen, warum die Menschenrechte und der demokratische Rechts- und Sozialstaat als unabdingbare historische Errungenschaften gesehen werden, auch wenn diese bisher unvollkommen realisiert sind und Rechte in ihrem Verhältnis zueinander sich nicht leicht ausbalancieren lassen.

Im Fach Gemeinschaftskunde sind geographische, rechts-, wirtschafts- und sozialkundliche Themen und die dazugehörigen historischen Aspekte zu berücksichtigen.

Als Bezugswissenschaften der Gemeinschaftskunde gelten Politologie, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Geographie, Geschichte, Soziologie, Theologie, Sozialphilosophie und Sozialpsychologie.

Die Entwicklungstendenzen gegenwärtiger Gesellschaften und die ihnen entsprechenden Handlungszusammenhänge sind angesichts intergesellschaftlicher Interdependenzen und internationaler Verflechtungen derart komplex, daß eine einzelwissenschaftliche Betrachtungsweise "des politischen Systems", "des Rechtssystems" oder "des Wirtschaftssystems" allein nicht in Betracht kommt. Gefordert sind Untersuchungs- und Interpretationsansätze, die den komplexen Sachverhalten und Problemen der Gegenwart Rechnung tragen.

Angesichts weltweiter Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesse und globaler Herausforderungen nimmt die Bedeutung der Wissenschaften in allen gesellschaftlichen Teilbereichen weiter zu. Sie beeinflussen zunehmend politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Auch die technologische Entwicklung folgt in Teilbereichen der Forschung und der Produktion einer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Eigendynamik, die zu Gefährdungen der Gesellschaft und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen führen kann.

Um die daraus entstehenden Kontroversen und die Diskussion von Handlungsalternativen verantwortlich führen zu können, bedarf es einer transparenten öffentlichen Verständigung. Die Erörterung des allgemeinen Wohls, die Kontrolle von Risiken und die offene Auseinandersetzung um Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten sind unerläßliche Voraussetzungen demokratischer Meinungs- und Willensbildung der Gesellschaft. Nur unter der Bedingung einer funktionsfähigen demokratischen Öffentlichkeit kann der unkontrollierten Durchsetzung organisierter partikularer Interessen wirksam begegnet werden.

Im Fach Gemeinschaftskunde sollen daher die Schülerinnen und Schüler Qualifikationen und Kompetenzen erwerben, die es ihnen ermöglichen, sich an öffentlicher Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen und staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen. Diesem Anspruch wird der Gemeinschaftskundeunterricht gerecht, wenn er den Lernenden wissenschaftsbezogene und zugleich handlungsorientierende Erfahrungen vermittelt.

Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden

- zu angemessener Untersuchung gesellschaftlich-politischer Gegebenheiten und Entwicklungen;
- zu wissenschaftsorientiertem Arbeiten, das auf wesentliche Erkenntnisse, Methoden, Kategorien und theoretische Grundpositionen Bezug nimmt;
- zu sachbezogener Rezeption von Befunden verschiedener Disziplinen und zu interdisziplinärem Lernen und Arbeiten;
- gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Sachverhalte und Kontroversen zu analysieren, zu verstehen und zu bewerten;
- auch wissenschaftlich vermittelte politische Kontroversen und damit verbundene Handlungsalternativen hinsichtlich erkenntnisleitender Interessen zu untersuchen und kritisch zu beurteilen;
- zu bewußter Wahrnehmung der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung sowie zu kritischer Mediennutzung;
- zur Mitwirkung in gesellschaftlichen und politischen Handlungszusammenhängen.

Zu den jeweiligen Sachverhalten sind die grundlegenden Kenntnisse zu vermitteln.

Mit diesen Qualifikationen und Kompetenzen erwerben die Schülerinnen und Schüler auch die von den Fachspezifischen Prüfungsanforderungen (FAPA) geforderten Fähigkeiten (vgl. Teil B Ziff. 2).

3. Didaktische Grundsätze und Arbeitsweisen

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich-politischen Grundfragen der Gegenwart und Zukunft erfordert ein Unterrichtskonzept, das die Erfahrungen und Interessen der Lernenden, die komplexen gesellschaftlich-politischen Entwicklungen und die entsprechenden Erkenntnisse und Vorschläge der Bezugswissenschaften verbindet.

Gegenwarts- und Zukunftsorientierung, Problemorientierung, Schülerorientierung, Handlungsorientierung, Wissenschaftsorientierung sowie fächerverbindendes und fächerübergreifendes Arbeiten sind die zentralen didaktisch-methodischen Kategorien zur Strukturierung der Inhalte der Gemeinschaftskunde, zur Themenfindung und zur konzeptionellen Planung. Diese didaktischen Grundsätze intendieren keine hierarchische Stufenfolge von Schritten, sondern bestimmen vielmehr als gleichrangige und interdependente Grundsätze die Konzeption und die Organisation der Gemeinschaftskunde.

Gegenwarts- und Zukunftsorientierung

soll gewährleisten, daß die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Gegenwart im Zentrum des Unterrichts stehen; sie verweist auf offene Fragen und auf Kontroversen über Zukunftsgestaltung.

Problemorientierung

zielt auf die Auseinandersetzung der Lernenden mit strukturell bedeutsamen Fragen, auch wenn diese von den Massenmedien nicht hinreichend thematisiert werden; sie lenkt den Blick auf gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse; sie verlangt in der Regel eine mehrdimensionale Betrachtung der Gegebenheiten,

die ggf. eine gesellschaftlich-kulturelle, eine wirtschaftliche, politische, rechtliche, historische, auch eine räumliche, ökologische sowie eine sozialpsychologische Dimension haben; sie regt historische Rückfragen und Nachdenken über gegenwärtige und künftige Alternativen an.

Schülerorientierung

soll sicherstellen, daß Einstellungen und Orientierungen in den Unterricht einfließen, diese den Betroffenen selbst bewußt werden und von ihnen bearbeitet werden können; sie soll damit zugleich Bestätigung und Selbstbewußtsein, Betroffenheit und zusätzliche Lernmotivation erzeugen und Zusammenarbeit in der Gruppe fördern; sie unterstützt selbständiges Lernen auch durch kritische Medienreflexion, da gesellschaftlich-politische Probleme für Schülerinnen und Schüler fast immer durch ihre gehäufte und intensive Behandlung in den Medien aktuell und relevant werden.

Handlungsorientierung

soll Lernerfolge fördern, Lernmotivation stärken und zu verantwortlichem, sozialem Handeln befähigen; sie soll den Lernenden Möglichkeiten und Grenzen bewußt machen, eigenständig und in Kooperation mit anderen zu handeln und auf öffentliche Vorgänge einzuwirken; sie kann z.B. durch Beteiligung der Lernenden an der Planung und Gestaltung des Unterrichts, durch Präsentation von Lernerfahrungen und Unterrichtsergebnissen, durch Plan- und Entscheidungsspiele sowie durch Unterrichtsprojekte in und außerhalb der Schule praktiziert werden.

Wissenschaftsorientierung

trägt dem Erfordernis Rechnung, daß wissenschaftliche Kategorien und Methoden, differenzierte empirische Kenntnisse und unterschiedliche theoretische Interpretationsansätze zur Verfügung stehen, um gesellschaftlich-politische Gegebenheiten und Entwicklungen rational zu untersuchen, zu verstehen, zu bewerten und kontroverse Einschätzungen nachzuvollziehen und zu beurteilen.

Fächerverbindendes und fächerübergreifendes Arbeiten

zielt auf interdisziplinäres Lernen und Handeln; es berücksichtigt die Erfahrung, daß Untersuchungen und alternative Interpretationen komplexer sozialökonomischer und politischer Sachverhalte und Entwicklungen sich kaum mehr mit fachspezifischen Mitteln der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen allein bewältigen lassen, sondern daß - auch in projektartigen Phasen - das Zusammenwirken verschiedener Fachansätze und Bezugswissenschaften geboten ist, auch durch Zusammenarbeit mit den übrigen Unterrichtsfächern.

Die gymnasiale Oberstufe bereitet Schülerinnen und Schüler auch auf ihre Berufs- und Studierfähigkeit vor. Angesichts bevorstehender Berufswahlentscheidungen ist die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler eine wesentliche Aufgabe auch des Faches Gemeinschaftskunde. Sie müssen Hilfen zur Vorbereitung ihrer Berufs- und Studienwahl erhalten. Gerade auch im Fach Gemeinschaftskunde muß eine Beschäftigung mit den Anforderungen der Berufswelt und deren Wandel erfolgen.

Für diese Aufgabe der Berufswahlvorbereitung bietet sich die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der Arbeitsämter sowie der Studienberatung der Hochschulen sowie insbesondere auch mit den Betrieben an.

4. Grund- und Leistungskurse

In den Jahrgangsstufen 12 und 13 wird Gemeinschaftskunde in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Grund- und Leistungskurse unterscheiden sich nicht grundsätzlich in Inhalten und Zielen. Unterschiede bestehen hingegen hinsichtlich

- der Komplexität der Problemstellungen (auch hinsichtlich interdisziplinärer Komplexität),
- der Intensität der Untersuchungen und der begrifflichen Differenzierung,
- des Abstraktionsniveaus der Untersuchungen sowie des Stellenwerts theoretischer Analysen,
- der geforderten Selbständigkeit der Arbeit und der Selbsttätigkeit der Lernenden.

Der Unterricht in Leistungskursen bereitet damit in besonderer Weise auch auf Studierfähigkeit für gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen vor. Der Unterricht in Grundkursen, der sich im übrigen eher auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse, Einsichten und Fähigkeiten konzentriert, hat gleichwohl auch wissenschaftspropädeutische Aufgaben zu erfüllen.

B. THEMENFELDER, INHALTE UND STRUKTUREN DES GEMEINSCHAFTSKUNDE- UNTERRICHTS

1. Themenfelder und Strukturen des Gemeinschaftskunde- unterrichts

Die Gemeinschaftskunde zielt auf den Erwerb von Kenntnissen, Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz.

Die jeweiligen Unterrichtsgegenstände sind unter dem Gesichtspunkt auszuwählen, daß sie helfen, einerseits Gegenwart zu begreifen und andererseits Orientierungsmöglichkeiten für die Zukunft bereitzustellen.

Die schwerpunktartige Zuordnung von Gegenwarts- und Zukunftsfragen zu Themenfeldern und deren Zuordnung zu Kurshalbjahren erfolgt aufgrund inhaltlicher Zusammenhänge, notwendiger Lernvoraussetzungen und organisatorischer Bedingungen.

Die Inhalte werden durch folgende Themenfelder strukturiert und den einzelnen Halbjahren bzw. der Jahrgangsstufe 13 zugeordnet:

<u>Halbjahr</u>	<u>Themenfelder</u>
11 I	Individuum und gesellschaftlicher Wandel
11 II	Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
12 I	Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der materiellen Existenzbedingungen
12 II	Menschenrechte und politische Partizipation
13 I und II	Internationale Beziehungen und auswärtige Politik

Die einzelnen 'Themenfelder' werden

- durch - im Text vorangestellte - 'didaktisch-methodische Überlegungen' erläutert,
- durch die 'thematischen Kernbereiche' und diesen zugeordnete 'Stichworte' inhaltlich konkretisiert und
- durch 'Aspekte' zu den anderen Themenfeldern in Beziehung gesetzt.

Die didaktisch-methodischen Überlegungen nehmen die allgemeinen didaktischen Grundsätze auf und konkretisieren sie hinsichtlich des jeweiligen Themenfeldes. Aufgrund des Selbstverständnisses des Faches sollen folgende Fragen die Bearbeitung leiten:

Welche Sachverhalte und welche Probleme sind erkennbar?

Welche Entwicklungstendenzen/-potentiale zeichnen sich ab?

Welche fach- und themenübergreifende Zusammenhänge sind bedeutsam?

Welche Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen sich?

Welche aktuellen Ereignisse lassen sich dem Themenfeld zuordnen?

Welche Erfahrungen haben Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der im Themenfeld angesprochenen Inhalte und Fragen?

In den didaktisch-methodischen Überlegungen werden auch Hinweise zu fächerverbindendem und fächerübergreifendem Arbeiten gegeben sowie Vorschläge für Kursthemen gemacht.

Die thematischen Kernbereiche konkretisieren die Themenfelder durch die Angabe verschiedener grundsätzlicher Inhalte und theoretischer Bezüge.

Die **Stichworte** greifen die didaktischen Intentionen des jeweiligen Themenfeldes auf und beschreiben den möglichen Horizont der Erschließung. Die Stichworte und deren Zuordnung haben weder Vollständigkeitsanspruch noch Ausschlußcharakter.

Die **Aspekte** zeigen die wechselseitigen Beziehungen zwischen den bereits erarbeiteten oder noch zu bearbeitenden Themenfeldern auf. Sie geben Hinweise auf die übergreifenden Zusammenhänge und Perspektiven und wirken damit einer isolierenden Betrachtungsweise der einzelnen Themenfelder entgegen.

2. Verbindliche Vorgaben

Für die unterrichtliche Umsetzung werden folgende Vorgaben gemacht:

Verbindlich sind

- die Themenfelder und deren Zuordnung zu den Kurshalbjahren;
- die thematischen Kernbereiche, wobei nicht alle Inhalte in gleicher Intensität behandelt werden können. Die Erschließung des jeweiligen thematischen Kernbereichs soll deshalb durch Schwerpunktsetzungen unter Einbeziehung aktueller Fragen erfolgen. Die Reihenfolge, in der die Inhalte der thematischen Kernbereiche aufgeführt sind, ist für die Unterrichtsplanung nicht verbindlich.

Die **Stichworte** sind im einzelnen nicht verbindlich, sie geben in ihrer Gesamtheit jedoch wichtige Hinweise zur Konkretisierung der thematischen Kernbereiche.

Die in den **Aspekten** genannten übergreifenden Zusammenhänge sollen bei der Unterrichtsplanung angemessen berücksichtigt werden.

Unabhängig von der Abfolge der Inhalte und der Schwerpunktbildung bei der Unterrichtsgestaltung bilden die Grundlage für die Abiturprüfung die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten **Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA)** mit vier Lern- und Prüfungsbereichen; in mindestens drei der vier Lern- und Prüfungsbereiche müssen Schülerinnen und Schüler für die Abiturprüfung Kenntnisse erworben haben:

- Lern- und Prüfungsbereich Wirtschaft

Hier ist mindestens einer der folgenden inhaltlichen Bereiche zu berücksichtigen:

- Strukturpolitik
- Konjunkturpolitik
- Verteilungspolitik
- Umweltpolitik
- Arbeit und Beruf im ökonomisch-technischen Wandel

- Lern- und Prüfungsbereich Gesellschaft

Hier ist mindestens einer der folgenden inhaltlichen Bereiche zu berücksichtigen:

- Sozialstruktur und sozialer Wandel
- Sozialisation in Familie, Schule, Beruf
- Politische und soziale Integration
- Mitbestimmung und Mitwirkung (Partizipation)

- Lern- und Prüfungsbereich Politisches System und politischer Prozeß

Hier ist mindestens einer der folgenden inhaltlichen Bereiche zu berücksichtigen:

- Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
- Politische Willensbildungsprozesse
- Politische Ideen und Herrschaftssysteme

- Lern- und Prüfungsbereich Internationale Politik

Hier ist mindestens einer der folgenden inhaltlichen Bereiche zu berücksichtigen:

- Friedens- und Sicherheitspolitik; internationales Krisenmanagement
- Industrieländer und "Dritte Welt"
- Entwicklungen in Europa und Europäische Integration

Die Fachspezifischen Prüfungsanforderungen (FAPA) setzen die EPA in hessisches Recht um:

Sie schreiben dem Gemeinschaftskundeunterricht verbindlich die Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Einsichten vor, die in je einem wirtschaftskundlichen, sozialkundlichen, politisch-rechtkundlichen und einem die internationalen Beziehungen umfassenden Lern- und Prüfungsbereich gegliedert dargestellt sind.

Eine didaktische Strukturierung der Kursinhalte in der gymnasialen Oberstufe intendieren die FAPA nicht; die FAPA machen keine Aussagen über Interdependenzen zwischen den in den Lern- und Prüfungsbereichen aufgeführten Institutionen, Strukturen und Prozessen.

Die Aufgabe der didaktischen Strukturierung erfüllt der Kursstrukturplan. Er ordnet die vorstehenden Inhalte, die für die Abiturprüfung als Lern- und Prüfungsbereiche zur Verfügung stehen müssen, jeweils verbindlichen Themenfeldern mit entsprechenden thematischen Kernbereichen zu.

3. Umgang mit dem Kursstrukturplan

Der Kursstrukturplan beschränkt sich auf Rahmenvorgaben; er läßt Gestaltungsspielräume sowohl für die pädagogische Kreativität der Lehrenden und die Mitsprachemöglichkeit der Lernenden in den Kursen als auch für die planerische Arbeit der Fachkonferenzen.

Die Fachkonferenzen können neben dem notwendigen Ideen- und Materialaustausch unter Beachtung der pädagogischen Freiheit den örtlichen Gegebenheiten entsprechende schulspezifische Unterrichtskonzeptionen für die einzelnen Kurshalbjahre entwickeln.

Von besonderer Bedeutung ist bei der Erstellung des Schulcurriculums für das Fach Gemeinschaftskunde die Kooperation mit den Fachkonferenzen der Bezugsfächer (hier insbesondere Geschichte,

Geographie, Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften), um in den besonderen Berührungsbereichen sinnvolle Schwerpunktsetzungen, Vertiefungen, aber auch Vernetzungen aufeinander abzustimmen und Wiederholungen zu vermeiden. Die gebotene Einbeziehung geographischer Aspekte ist jeweils angemessen zu berücksichtigen.

Auf die mögliche Kooperation mit den Fachbereichen I und III wird hingewiesen.

Die Notwendigkeit, für die Schülerinnen und Schüler Orientierungshilfen für ihre nach Abschluß der schulischen Laufbahn zu treffende Berufswahl bereitzustellen, sollte schulcurricular in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 berücksichtigt werden.

Auch die Rolle der Frau im Wirtschaftsprozeß sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sind dabei einzubeziehen.

4. Themenfelder in den Jahrgangsstufen 11 bis 13

In der Jahrgangsstufe 11 baut der Gemeinschaftskundeunterricht auf den Lernergebnissen der Fächer im Lernbereich Gesellschaftslehre auf. Gegenüber den fachspezifischen Inhalten der Sekundarstufe I sind es nicht prinzipiell andere Inhalte und Problemstellungen, die den Unterricht der Sekundarstufe II bestimmen.

Hier nimmt die Komplexität der zu bearbeitenden Themenstellungen zu, die auf höherem Abstraktionsniveau untersucht, analysiert und insgesamt differenzierter interpretiert und bewertet werden.

11 I Themenfeld: Individuum und Gesellschaftlicher Wandel

Didaktisch-methodische Überlegungen

Mit der unterrichtlichen Behandlung von Themen, die die Rolle des Individuums sowie den gesellschaftlichen Wandel analysieren, verfolgt der Gemeinschaftskundeunterricht der Jahrgangsstufe 11 I im besonderen das Ziel, für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler einen Weg aufzuzeigen, individuelle Erfahrungen auch als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse einzuordnen; damit kann der Unterricht verstärkt zu einer Bildung von Orientierungsmustern bei Jugendlichen beitragen.

Die Sozialisation der Jugendlichen vollzieht sich in einer Gesellschaft, in der ökonomische, technologische und soziale Veränderungen einer bisher nicht bekannten Dynamik folgen, alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen und mit einem Wandel von Werten und tradierten Vorstellungen und Verhaltensmustern einhergehen.

Trotz insgesamt und durchschnittlich gewachsenen materiellen Wohlstands seit dem Zweiten Weltkrieg und trotz leichterer Aufstiegsmöglichkeiten ist soziale Ungleichheit keineswegs bedeutungslos geworden. In allen Industriegesellschaften, in Deutschland auch bestimmt durch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den alten und neuen Bundesländern, ist "Neue Armut" zu einem festen Begriff geworden und das Ziel der Vollbeschäftigung in weite Ferne gerückt. Wachsende soziale Spannungen sind eine politisch relevante Folge dieser Entwicklungen.

Es läßt sich auch ein grundlegender Wandel in den Beziehungen der Generationen und Geschlechter feststellen, eine sich verändernde Bedeutung der Familie und stabiler sozialer Milieus. Diese Prozesse stehen teilweise im Zusammenhang mit einer, große Teile der Gesellschaft betreffenden, sozialen und räumlichen Mobilität, die wiederum verbunden ist mit grundlegenden Veränderungen in Ausbildung und Arbeitswelt.

Dazu kommt eine Kommunikationstechnologie, die die gesellschaftliche Dynamik komplementiert und z.T. auch in einer Vorreiterrolle vorantreibt; sie bleibt dabei nicht nur in der Rolle der Informationsvermittlung stehen, sondern übt wichtigen Einfluß auf die Orientierung der Jugendlichen in Hinblick auf die Gestaltung ihrer sozialen Beziehungen, auch durch die Vermittlung von Traumwelten und realitätsfernen Bezügen aus.

Ferner beeinflusst die De-facto-Immigration die sozialen Beziehungen innerhalb der deutschen Gesellschaft und die sie bestimmenden Werte. Die vielfältige Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Lebensgewohnheiten trifft auf bestehende und sich wandelnde Identitäten. Diese für nahezu alle Industriegesellschaften mehr oder minder charakteristische Entwicklung wird für die deutsche Gesellschaft zusätzlich geprägt und modifiziert durch die Besonderheiten der deutschen Geschichte, die Folgen des Nationalsozialismus sowie die soziokulturellen und ökonomischen Folgen der jahrzehntelangen Teilung Deutschlands.

Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe, die auch Entscheidungen für ihre zukünftige Lebensplanung treffen müssen, benötigen Orientierungshilfen. Reife- und entwicklungsbedingt erleben sie die gesellschaftliche Dynamik in besonderer Weise. Viele kennen materiellen Wohlstand, größere individuelle Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten, viele auch entwickeln selbstverantwortliche Individualität und soziale Werthaltungen in verlässlichen gesellschaftlichen Bezügen, nicht wenige aber erfahren auch Verunsicherung durch den Wandel von Berufs- und Arbeitsperspektiven, menschlichen Beziehungen und Werten.

Die Folgen und Auswirkungen verstärkter Des- und Neuorientierung werden in vielfältigen Formen sichtbar: Flucht- und Ausstiegsphänomene, Suchtprobleme, die Bedeutung der Peer-Gruppen gegenüber der Erziehungsfunktion von Eltern und Familie, neue Individualität, veränderte subkulturelle Milieus, Rechtsradikalismus, Gewaltbereitschaft u.a..

Schülerinnen und Schüler werden mit der Behandlung des Problemfeldes "Individuum und Gesellschaftlicher Wandel" gleichermaßen zu Subjekt und Objekt von Unterricht. Damit ist eine Schülerorientierung in der Jahrgangsstufe 11 I in besonderer Weise gegeben. Mit diesem Ansatz ist keineswegs die ausschließliche Behandlung und Überbetonung der subjektiven Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern im Unterricht intendiert. Ziel ist, in Vertretung für eigene Erfahrungen an exemplarischen Beispielen, die auch aus Literatur, Filmen, Kunstdarstellungen u.a.m. entnommen werden können, Szenarien des eigenen Erlebens zu erkennen und in die objektiv wirkenden Strukturen einordnen zu können.

Ihre Aufgabe, zur Vermittlung und Stabilisierung von Werthaltungen beizutragen, kann die Schule wahrnehmen, wenn von der Sache her verständlich wird, welche Bedeutung den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität als regulativen Ideen des privaten, beruflichen und politischen Handelns sowie für ein friedliches Zusammenleben und die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zukommen.

Im Unterricht sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, Zeitzeugen zu befragen, Untersuchungen vor Ort (z.B. Altersheim, Schulpartnerschaften mit Schulen in den neuen Bundesländern) durchzuführen, um die Lebenswelt anderer Menschen kennenzulernen bzw. die Einschätzungen der Schülerinnen und Schüler mit den realen Verhältnissen in einen Vergleich zu bringen.

Den im Zuge des gesellschaftlichen Wandels sich vollziehenden Veränderungen in Ausbildung und Arbeitswelt tragen insbesondere auch Betriebserkundungen und Betriebspraktika Rechnung, die vertiefende Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt ermöglichen und für die eigene Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler hilfreich sind.

Fächerverbindende und fächerübergreifende Aspekte, z.B.:

Geschichte	Unterrichtssequenzen über Generations- und Geschlechterbeziehungen, über Migration, über Tradition und Moderne
Deutsch	literarische und filmische Bearbeitung des sozialen Wandels bzw. von "literarischen" Lebensläufen
Religion/Ethik	Der Mensch als Ebenbild Gottes; Selbstverständnis des Menschen;
Kunst	Das Bild vom Menschen
Projekte und Projektwochen	Ausstellungen zur Migration / Begegnung mit dem Fremden

Vorschläge für Kursthemen:

- Gleichberechtigung - Anspruch oder Wirklichkeit?
- Neue Individualität
- Individuum und Gesellschaft
- Ich und die anderen - Rechte und Pflichten
- Auf dem Weg zur Zweidrittel-Gesellschaft?
- Berufsperspektiven im gesellschaftlichen Wandel

11 I Themenfeld:
Individuum und gesellschaftlicher Wandel

Thematischer Kernbereich	Stichworte
Der Wandel des Verhältnisses der Generationen zueinander und die sie bestimmenden Werte	Demographische Analysen; Nivellierung von Generationsidentitäten; Gefährdung des Generationenvertrages? Marginalisierung und Isolation der älteren Menschen; Entwicklung und Bedeutung der Familie; Veränderung familiärer Bindungen.
Der Wandel der Geschlechterbeziehungen und die sie bestimmenden Werte	Gleichstellung der Frauen und entgegenwirkende Tendenzen; Geschlechteridentitäten; Alleinlebende, -erziehende; die ausländische Frau in unserer Gesellschaft
Sozialstruktur und sozialer Wandel; Beziehungen im sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Bereich und die sie bestimmenden Werte; Sozialisation in Familie, Schule und Beruf; Politische und soziale Integration	Neue Armut"; Einkommens- und Vermögensverteilung; Veränderung subkultureller Milieus; Deutschland - (k)ein Einwanderungsland; Veränderung von Qualifikationen und Arbeitsprozessen; soziale Mobilität; Entwicklung kollektiver Identitäten, Solidarität versus Konkurrenz; Wertewandel in den neuen Bundesländern - Probleme der Annäherung; neuer Nationalismus; Rechtsradikalismus; Terrorismus; räumliche Mobilität; Verstädterung.
Theoretische Bezüge	Theorien der Sozialisation, der sozialen Schichtung, des sozialen Wandels (z.B. Risikogesellschaft/Erlebnisgesellschaft); kritischer Umgang mit sozialwissenschaftlichen Methoden (z.B. Zustandekommen von Umfragen, Statistiken ...).

Aspekte

- der Themenfelder "Sicherung materieller Existenzbedingungen und natürlicher Lebensgrundlagen" berücksichtigen und konkretisieren sozioökonomische Ursachen sozialen Wandels und die Folgen sozialen und Wertewandels für Ökonomie und Ökologie, an Beispielen von veränderten Arbeitsprozessen und Ausbildungsqualifikationen, von Wohnungs- und Verkehrspolitik, von veränderten Anforderungen an Raumordnungspolitik.
- des Themenfeldes "Menschenrechte und politische Partizipation" berücksichtigen und konkretisieren die Folgen politischer Steuerung für den sozialen Wandel wie auch die Folgen sozialen

Wandels für die politischen Steuerungsmöglichkeiten/-erfordernisse gesellschaftlicher Prozesse und für das Verständnis und die Geltung der Menschenrechte, z.B. neue Anforderungen an den Sozialstaat, soziale Barrieren für Partizipation, die Grundrechte des Grundgesetzes und deren Weiterentwicklung.

- des Themenfeldes "Internationale Beziehungen und auswärtige Politik" berücksichtigen und konkretisieren externe Faktoren des sozialen und Wertewandels in Deutschland und die Folgen dieser Prozesse für die Beziehungen zu anderen Völkern; sie ermöglichen durch Vergleiche mit Problemen bzw. Problemlösungen anderer Gesellschaften eine differenzierte Sicht der eigenen Gesellschaft, z.B. von Migration und ihren Ursachen, von der Entwicklung neuer kollektiver Identitäten - "Europa", "Eine Welt"?

11 II Themenfeld: Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

Didaktisch-methodische Überlegungen

Über die Notwendigkeit, die natürlichen Lebensbedingungen zu sichern und Gefährdungen entgegenzuwirken, besteht Konsens in der Gesellschaft. Gefährdungen sind bekannt, aber eine den Gegebenheiten und dem Problemdruck angemessene Handlungsfähigkeit des Staates sowie der politischen und gesellschaftlichen Gruppen wird teilweise in Frage gestellt. Handlungskonzepte werden kontrovers diskutiert. Verbreitet sind Sorgen vor einer allgemeinen Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen und zugleich Resignation wegen der Unüberschaubarkeit und Vielfalt der Aufgaben.

Angesichts dieser Gegebenheiten ist wichtig zu vermitteln, daß Gefährdung auch Motivation und Motor für neue Orientierung und neue Entwicklungen war und ist, daß frühere Generationen mit scheinbar unlösbaren Problemen immer wieder auch fertig geworden sind und daß ein gutes naturwissenschaftliches sowie ökonomisches und sozialwissenschaftliches Fachwissen dazu beiträgt, ökologische Probleme zu bewältigen.

Schülerinnen und Schüler verfügen in diesem Themenfeld in der Regel über ein recht umfangreiches, aber unstrukturiertes Vorwissen. Deshalb ist es notwendig, das Themenfeld im Hinblick auf unterschiedliche Gefährdungen und Risiken und hinsichtlich unterschiedlicher Lösungsperspektiven zu strukturieren. Die komplexen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen erfordern eine Ergänzung der Analyse unter anderen Gesichtspunkten in den Halbjahren 12 I und 12 II und in der Jahrgangsstufe 13. Das Vorgehen in diesem Halbjahr hat hierfür grundlegenden Charakter.

Grundlegende Einsichten kann bereits die exemplarische Untersuchung von Themenkomplexen vermitteln, die den Umgang mit Natur und Umwelt als Bestandteil gesellschaftlicher Lebensweisen in bestehenden Industriegesellschaften einsichtig macht.

Dabei soll deutlich werden, daß natürliche Lebensgrundlagen auch durch Interessenkonstellationen gefährdet sind, die z.B. aus beträchtlichen Kapitalinvestitionen und der Verteidigung von Produktionslinien und Arbeitsplätzen resultieren. Zugleich soll einsichtig werden, daß riskante Entwicklungen ihren Ausgangspunkt in ganz verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen haben und auf unsere gesamte Lebensweise zurückwirken können.

Hochrechnungen zum Rohstoff- und Energieverbrauch können die ungeheure Beschleunigung signalisieren, mit der die angesprochenen Entwicklungen stattfinden.

Eine entscheidende Schwierigkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß das Wirtschaftssystem seinen Erfolg einem stetigen Wachstum verdankt, daß die Ressourcen aber endlich und begrenzt sind. Für die armen Länder ergibt sich die Gefährdung der Umwelt z.T. aus dem gegenteiligen Prozeß, daß das Wachstum im Industriesektor zu gering ist und daraus Zwänge entstehen, die natürlichen Lebensgrundlagen anzugreifen.

Für die Untersuchung der Lösungsperspektiven können zunächst diejenigen Problembereiche beleuchtet werden, in denen einzelne Maßnahmen und marktkonforme Steuerungsinstrumente ausreichend erscheinen, bis hin zu Vorschlägen, die Kosten für die Sanierung der belasteten Umwelt in die Berechnung des Sozialprodukts einzubeziehen, und technische Innovationen zu fördern, die z.B. regenerative Rohstoffe erschließen.

Sehr viel schwieriger zu bearbeiten sind diejenigen Bereiche, für die die Marktsteuerung nicht ausreicht und für deren Lösung angemessene Strategien kaum existieren. Es sind Bereiche, in denen die Erfordernisse des Wirtschaftswachstums und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen teilweise im Widerspruch zueinander stehen. Der Konflikt zwischen beiden Zielvorstellungen

wird u.a. über Grenzwerte, teilweise auch über die Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz von sog. Restrisiken ausgetragen.

Andererseits sind die Voraussetzungen, gemeinsame Interessen über Aktivitäten auf verschiedenen Handlungsebenen (regional, nationalstaatlich und international) zu koordinieren und Veränderungen zu bewirken, in keinem Bereich günstiger. Zwar tragen die Individuen durch ihre Lebensweise zur Naturzerstörung bei, auf der anderen Seite sind sie durch Kettenreaktionen der verschiedensten Art mehr oder weniger direkt gefährdet.

Handlungsperspektiven können deshalb nicht naiv unterstellt werden; es kommt vielmehr darauf an, die Kräfteverhältnisse bei umweltpolitischen Auseinandersetzungen konkret zu untersuchen und die Veränderungspotentiale in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Wissenschaften einzuschätzen, konstruktive Forschungs- und Entwicklungsprojekte und -konzepte sowie deren neue Wege aufzuzeigen, im Verhältnis zu den Interessen, die an umweltbelastenden Verfahren und Standards festhalten wollen.

Eigene Erfahrungen in diese Richtung können Schülerinnen und Schüler durch fachbezogene sowie fächerverbindende und fächerübergreifende Projekte machen, indem sie z.B. Vorschläge über Verkehrsplanung (im Umfeld der Schule) oder zum Energiesparen (bzw. zur Energienutzung an der Schule) entwickeln, Diskussionen darüber anregen und Gespräche mit zuständigen Behörden, mit Parteienvertretern und Bürgern über praktische Verbesserungen führen.

Das politische Engagement von Jugendlichen hat sich seit den 70er Jahren gerade an ökologischen Fragen entwickelt. Selbst wenn dieses Engagement sich auf andere Politikbereiche verlagern sollte, ist der Rückbezug auf die eigene Umwelt ein notwendiger Bestandteil politischer Erfahrung und Reflexion.

Fächerverbindende und fächerübergreifende Aspekte, z.B.:

Geschichte	Naturverständnis der Antike; Zum Verhältnis von Mensch und Natur in der Renaissance; Umweltzerstörung in vorindustriellen Epochen; Umweltfolgen der Industriellen Revolution.
Deutsch	Naturverständnis der Romantik; Reisen in verschiedenen Epochen - literarische Darstellungen.
Englisch	Ökologische Aspekte des Themas American Dream, American Nightmare; Ecotopia (E. Callenbach); Health (National Health Service in Britain and the USA).
Französisch	Centralisme - régionalisme - mouvements écologiques.
Religion/Ethik Kunst	Schöpfungslehre, Umweltethik; Naturverständnis in Malerei und Bildender Kunst verschiedener Epochen; Ökologie und Architektur; Umwelt - Design - Massenproduktion.
Naturwissenschaften	Besonders in diesem Halbjahr bieten sich (je nach ausgewählten Themenschwerpunkten) gezielte Absprachen mit Fachkolleginnen und -kollegen und evtl. mit den Fachkonferenzen an.
Geographie	Agrar- und Industrielandschaften in unterschiedlichen Naturräumen

Vorschläge für Kursthemen:

- Mobilität und Umwelt
- Regionale Umweltschäden, globale Folgen
- Technologische Entwicklungen und natürliche Lebensgrundlagen
- Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums?
- Entwicklung von Agrar- und Industrielandschaften in unterschiedlichen Naturräumen

11 II Themenfeld:

Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft -
Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

<u>Thematischer Kernbereich</u>	<u>Stichworte</u>
Gesellschaftliche Lebensweise und natürliche Lebensgrundlagen in Industriegesellschaften	Umgang mit Natur und Umwelt u.a. im Hinblick auf: Persönliche Bedürfnisse und Lebensqualität; gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen, Interessen und Entscheidungsprozesse; quantitative Entwicklungen und ökologische Belastungen, Grenzwerte und Risiken, Ansätze zu umweltverträglichen Alternativen. Mögliche Themenkomplexe für exemplarische Untersuchungen: - Ernährung und Landwirtschaft; - Mobilität und Verkehr; - Luft, Wasser, Boden; - Aspekte des Energieverbrauchs.
Wirtschaftliches Wachstum und dessen Folgen für Gesellschaft, Natur und Umwelt	z.B. im Hinblick auf: - Begrenztheit der Ressourcen, - Landschafts- und Umweltzerstörung, - Risikotechnologien, - Gesundheit und Krankheit, - Arbeitsplätze und Berufsperspektiven betroffener Berufsgruppen, - Kosten der Umweltbelastung (Ökosozialprodukt), - umweltverträgliche Produktionslinien, Umweltsanierung und alternatives wirtschaftliches Wachstum.
Umweltpolitik	Gesetzgebung und exekutive Maßnahmen, z.B. unter Berücksichtigung von Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Steuer- und Subventionspolitik; Verhältnis von nationaler und EU-Umweltpolitik; Interventions- und Kompensationschancen der Umweltpolitik, marktkonforme und ordnungsrechtliche Steuerungsansätze, Finanzierungsprobleme, gesellschaftliche und staatliche Handlungs- und Entscheidungsstrukturen, Einfluß von Interessenverbänden und Ökologiebewegungen.
Theoretische Bezüge	Kosten-Nutzen-Analysen; Technikfolgenabschätzung, Kontroversen um Grenzwerte und Restrisiken, stoffliche und wirtschaftliche Kreislaufbetrachtungen; Analysen zum Verhältnis von Sachverständigen, Verwaltungen, Öffentlichkeit und Wirtschaft.

Aspekte

- des Themenfeldes "Individuum und gesellschaftlicher Wandel" stellen Zusammenhänge her zwischen Lebens- und Konsumgewohnheiten, Berufsvorstellungen, Wertorientierungen und ihren Folgen für die Ökologie, z.B. Individualisierung, gesellschaftliches Engagement, Lebensgewohnheiten und Verkehrspraktiken, Freizeitgestaltung;
- des Themenfeldes "Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der materiellen Existenzbedingungen" reflektieren Konflikte zwischen der Wirtschaftsordnung und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, z.B. wirtschaftliche Konkurrenz und Ressourcenverbrauch, Standortentscheidungen;
- des Themenfeldes "Menschenrechte und Politische Partizipation" lassen Felder und Möglichkeiten der politischen Steuerung von Umweltgefahren, der Festlegung von Prioritäten bzw. der Verminderung von Risiken und der Verteilung finanzieller Mittel bewußt werden, z.B. Forschungspolitik, Umweltrecht und Bürgerbeteiligung, Parteien und Umweltinitiativen;
- des Themenfeldes "Internationale Beziehungen und auswärtige Politik" thematisieren Grenzen der Belastbarkeit des globalen Ökosystems und Folgen der Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern, z.B. Umweltzerstörung - Armut - Krieg, Verteilung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern, internationale Migrationsbewegungen.

12 I Themenfeld: Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der materiellen Existenzbedingungen

Didaktisch-methodische Überlegungen

Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe stehen wirtschaftlichen Vorgängen in der Regel distanziert gegenüber. Sie betrachten das wirtschaftliche Geschehen vor allem aus der Perspektive von Konsumenten oder als interessierte Beobachter auffälliger bzw. spekulativer Transaktionen in Bereichen der Waren- und Geldzirkulation. Sie haben oft auch einen eher isolierten Bezug zu technologischen oder ökologischen Aspekten der Wirtschaftsentwicklung. Andererseits ist die große Bedeutung der Ökonomie für die persönliche Zukunft der Schülerinnen und Schüler wie auch für die Zukunft der Gesellschaft unstrittig.

Es ist daher erforderlich, ihr Verständnis für grundlegende Sachverhalte und Probleme der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu wecken. Dazu gehören Kenntnisse über die soziale Marktwirtschaft, andere Wirtschaftsordnungen sowie Instrumente und Funktionen der Wirtschaftspolitik und eine Auseinandersetzung mit entsprechenden Problemstellungen, z.B.:

- Sicherung wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit, technologische Innovationen, Produktivitätssteigerungen.
- Wirtschaftliche Entwicklungen und europäische Integration.
- Wirtschaftlicher Strukturwandel und deutsche Einheit.
- Verteilungspolitik, gerechtere Einkommensverteilung.
- Externe Effekte der Produktion, ihre sozialen und ökologischen Kosten, Mitbestimmungsrechte bei wirtschaftlichen Entscheidungen (Produktionsentscheidungen) sowie Steuerung ökonomischer Prozesse.

- Selbstregulierung des Marktes, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse, soziale Marktwirtschaft.

Durch die Behandlung derartiger Sachverhalte und Probleme sollen Schülerinnen und Schüler die Komplexität des Ordnungsmodells der sozialen Marktwirtschaft erfahren. Exemplarische Untersuchungen des Wirtschaftsprozesses und seiner politischen Steuerung können sich z.B. orientieren an den Themenkomplexen "Wirtschaftlicher Wettbewerb, Konzentration und Wettbewerbspolitik"; "Strukturwandel und Strukturpolitik"; "Konjunkturentwicklung und Konjunkturpolitik"; "Einkommensentwicklung und staatliche Umverteilungspolitik"; "Ökologische Folgen wirtschaftlichen Wachstums und Umweltpolitik".

Angesichts der Komplexität des ökonomischen Systems und seiner Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen kann in der Gemeinschaftskunde kein umfassender Durchgang durch die Wissensbestände der Wirtschaftswissenschaften erfolgen. Durch exemplarische Untersuchungen des Wirtschaftsprozesses sind jedoch sowohl Grundkenntnisse als auch differenziertes Problembewusstsein zu vermitteln.

Dabei sollen repräsentative analytische und wirtschaftspolitische Kontroversen und unterschiedliche Ziele wirtschaftlichen Handelns einschließlich ihrer theoretischen Bezüge in die Untersuchung der Problemstellungen einbezogen werden. Trotz des exemplarischen Vorgehens, das auch wegen des Umfangs bzw. aus Zeitgründen zwingend nötig erscheint, erlaubt und erfordert die Analyse von Zielkonkurrenzen und von alternativen wirtschaftspolitischen Optionen auch Einblicke in nicht schwerpunktmäßig bearbeitete Themenkomplexe.

Neben der Behandlung des Themenkomplexes der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer politischen Steuerung ist es unerlässlich, grundlegende Entwicklungstendenzen des Produktionsprozesses und der Erwerbsarbeit zu untersuchen. Entsprechende Aspekte des europäischen Binnenmarktes und der Integration Europas sind einzubeziehen.

Teilweise gravierende Veränderungen in der industriellen Produktion, in privaten und öffentlichen Verwaltungen und in Dienstleistungsbereichen sind durch Rationalisierungsschübe, durch Einsatz neuer Technologien, durch zu- und abnehmende Bedeutung ganzer Branchen bestimmt und wirken sich nachhaltig auf Ausbildungs- und Berufsperspektiven, auf soziale und regionale Strukturen wie auf den soziokulturellen Wandel aus.

Diese Schwerpunkte sollen zu einer Unterrichtsphase verdichtet werden, die der Berufsorientierung dient und die z.B. auch durch das Aufsuchen außerschulischer Lernorte (ausgewählter Betriebe bzw. öffentlicher Einrichtungen, z.B. auch der Berufsinformationszentren der Arbeitsämter) spezifischen Interessenlagen in der Lerngruppe Rechnung tragen kann.

Fächerverbindende und fächerübergreifende Aspekte, z.B.:

Geschichte	Merkantilismus; Sklaverei; Industrielle Revolution; Arbeiterbewegung; Ursprünge des Sozialstaates.
Religion/Ethik	Wert der Arbeit, Christliche Soziallehre, Arbeitsethik.
Deutsch	Literatur der Arbeitswelt.
Englisch	Man and Work (Silitoe, Wesker, Steinbeck, Sinclair); Industrial Relations (Trade Unions in Britain, Jobs and Corporate Identity in the USA).
Französisch	La condition ouvrière (Zola/Germinal).
Naturwissen- schaften	Naturwissenschaftliche Voraussetzungen der industriellen Großproduktion, z.B. Entwicklung der Elektroindustrie / der Großchemie.
Geographie	Geowissenschaftliche Grundlagen / Rohstoffe; Natur- und Ressourcennutzung

Vorschläge für Kursthemen:

- Zum Verhältnis von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in der Bundesrepublik Deutschland
- Spannungsfelder von Marktwirtschaft und Sozialstaat
- Vollbeschäftigung - eine Illusion?
- Wirtschaftskrise und Stabilitätspolitik
- Wirtschaftsstandort Deutschland
- Das Unternehmen als Ort ökonomischer Prozesse und sozialer Beziehungen

12 I Themenfeld:

Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft -
Sicherung der materiellen Existenzbedingungen

Thematischer Kernbereich Stichworte

Arbeit und Beruf im
ökonomisch-technischen
Wandel

Arbeit - Erwerbstätigkeit - Produktivität, Rationalisierung, Neue Technologien, sektorale Verschiebungen, 'Modernisierung' und 'Dienstleistungsgesellschaft'; Arbeitsteilung und Qualifikationsanforderungen, Berufsstruktur und Arbeitsmarkt, Ausbildung und berufliche Zukunft; geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Rolle der Frau im Wirtschaftsprozeß.

Entwicklungstendenzen
und Steuerung des Wirtschaftsprozesses; Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft im Hinblick auf die Eigendynamik von Entwicklungen, Steuerungskonzepte und Partizipationsmöglichkeiten

Mögliche Themenkomplexe für exemplarische Untersuchungen:

Wirtschaftlicher Wettbewerb, wirtschaftliche Konzentration und Wettbewerbspolitik:
Unternehmenswachstum, Kartelle und marktbeherrschende Unternehmen, Funktionen des Wettbewerbs, Preisbildung auf organisierten Märkten, nationale Kartellpolitik und EU-Wettbewerbsrecht.

Strukturwandel und Strukturpolitik:
Strukturkrisen in traditionellen Produktionsbereichen (z.B. Landwirtschaft, Kohlebergbau, Stahl); Rolle der Kammern, der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Betriebsräte; Folgen der deutschen Einigung, Protestbewegungen und Konkurrenz um Wirtschaftsstandorte, Subventions- und Steuerpolitik, EU-Regionalpolitik.

Konjunktur und Konjunkturpolitik:
Wirtschaftsbewegungen und konjunkturelle Zyklen, Krisenursachen und Krisenfolgen, Investitionstätigkeit und Arbeitsmarkt, Marktsteuerung und Globalsteuerung.

Geld- und Fiskalpolitik:
Geldpolitische Instrumente der Deutschen Bundesbank (Diskont-, Offenmarkt- und Mindestreservepolitik);
Fiskalpolitik und fiskalpolitische Instrumente des Stabilitätsgesetzes; nachfrage- und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik.

Thematischer Kernbereich Stichworte

Einkommensentwicklung und Verteilungspolitik:

Primäre Einkommensverteilung (Lohn- und Gewinnquote), Tarifautonomie/Tarifpartner und Lohnpolitik, Vermögensentwicklung und Investitionstätigkeit, soziale Kosten der Marktwirtschaft, Sozialpolitik und Mitbestimmung, sekundäre Einkommensverteilung durch Sozialstaatsfunktionen, Subventionen und Besteuerung.

Ökologische Folgen wirtschaftlichen Wachstums und Umweltpolitik:

Ökologische Kosten der Effektivierung industrieller Produktion, gesellschaftliche Initiativen und staatliche Auflagen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung; EU-Umweltpolitik.

Ziele und Zielkonkurrenzen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns

Bedürfnisbefriedigung, Nutzenmaximierung, Gewinnmaximierung, 'magisches Viereck' und seine Erweiterung (gerechtere Einkommensverteilung, Schonung nichterneuerbarer Ressourcen).

Theoretische Bezüge

Repräsentative theoretische Kontroversen zu jeweils exemplarisch behandelten Themenkomplexen, z.B. klassische, keynesianische und krisentheoretische Positionen, Angebots- und nachfrageorientierte Theoreme

Aspekte

- des Themenfeldes "Individuum und gesellschaftlicher Wandel": Weiterentwicklung des Berufssystems und Änderung der beruflichen Qualifikationsanforderungen; Freizeit und Arbeitszeitentwicklung; Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft; Migration und multikulturelle Gesellschaft; Altersstruktur und Alterssicherung.
- des Themenfeldes "Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" sind in besonderer Weise bereits berücksichtigt.
- des Themenfeldes "Menschenrechte und Partizipation": Einflußnahme von Unternehmen und Wirtschaft auf politische Entscheidungsprozesse, politische Entscheidungen und Investitionsklima, demokratischer Staat und Verbände; Eigentumsrechte, Marktwirtschaft und Sozialstaat; Wirtschaftsdemokratie/ Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen.
- des Themenfeldes "Internationale Beziehungen und auswärtige Politik": multinationale Unternehmen und regionale/nationale Wirtschaftspolitik; Weltmarkt und Handelshemmnisse (GATT); Weltwährungsordnung (IWF).

12 II Themenfeld: Menschenrechte und Politische Partizipation

Didaktisch-methodische Überlegungen

In diesem Themenfeld soll die Fähigkeit fortentwickelt werden, wichtige Probleme und Sachverhalte politischer Willensbildung und politischer Ordnungssysteme einschließlich politischer Ideen und Ideologien zu verstehen und zu bewerten. Dazu gehören das Darlegen repräsentativer Kontroversen, das Auseinandersetzen mit unterschiedlichen Demokratievorstellungen und Partizipationsmöglichkeiten sowie das Offenlegen von Begründungszusammenhängen und Interessen.

Voraussetzung dafür, einerseits die Gegenwart begreifen und andererseits Orientierungsmöglichkeiten für die Zukunft erhalten zu können, ist ein solides Grundwissen über die Bedeutung und Verwirklichung der Menschenrechte und über die Grundprinzipien der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Auch der Kampf um Demokratie und Menschenrechte in der Deutschen Demokratischen Republik trägt hier zur Verdeutlichung bei.

Das Verständnis der Menschenrechte sowie der Regeln und Institutionen des politischen Systems der modernen Industriegesellschaft beruht auf der Grundlage der klassischen Demokratietheorie, wie sie sich in der Diskussion um identitäts- und konkurrenzorientierte Ansätze niederschlägt und für die Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz und den BVerfG-Urteilen konkretisiert wird. Damit werden die Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation und der Einflußnahme gesellschaftlicher Interessen geregelt und staatliches Handeln mittels des Wahl-, Mehrheits- und Repräsentationsprinzips legitimiert.

Der sozio-ökonomische Wandel und die anstehenden Herausforderungen stellen an die Wahrung der Grundrechte und ihre Weiterentwicklung, an die Gestaltung der Regeln und Institutionen politischer Beteiligung und an die Legitimation politischer Entscheidungen besondere Anforderungen. Der politische Willensbildungsprozeß wird aufgrund der Reichweite der anstehenden

Fragen und ihrer internationalen Zusammenhänge komplexer und durch die Eigendynamik des Medienmarktes beeinflusst.

Mit der deutschen Einigung sind politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme des Zusammenwachsens zu lösen, die die Fähigkeit des demokratischen Verfassungsstaates zur Lösung und Gestaltung in besonderer Weise herausfordern. Angesichts der über 40jährigen Teilungsgeschichte Deutschlands kommt es darauf an, daß die Bürgerinnen und Bürger die tiefgreifende Umgestaltung der Lebensverhältnisse gemeinsam tragen und am Aufbau der gemeinsamen Zukunft unter Beachtung des Interessenausgleichs und der demokratischen Grundsätze partizipieren können. Dies gilt auch für den durch den europäischen Einigungsprozeß bedingten politischen Wandel, der zudem zu Einschränkungen nationaler Entscheidungskompetenz zugunsten europäischer Regelungen führt.

Viele politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse werden langwierig und undurchschaubar. Die zunehmende Inanspruchnahme des Bundesverfassungsgerichts dokumentiert die Schwierigkeiten, die Fragen politisch im Rahmen der vorgesehenen Regeln und Institutionen zu entscheiden. Dies führt dazu, daß der Zusammenhang mit den konkreten Problemen für die Bevölkerung oft nur noch schwer erkennbar ist.

Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen verlieren langfristige soziale und institutionelle Bindungen, stabile Wertorientierungen und Weltbilder zunehmend an Einfluß zugunsten einer individualisierenden und flexibleren Betrachtungsweise. Entsprechend ist die Bereitschaft des Einzelnen, sich langfristig in gesellschaftlichen und politischen Organisationen (Parteien, Verbänden) zu binden, rückläufig. Soziales Engagement findet verstärkt in punktuellen Initiativen und in neuen sozialen Bewegungen statt, motiviert durch konkrete, individuelle Betroffenheit.

Die Glaubwürdigkeit der Parteien und ihrer Funktionsträger ("Politikverdrossenheit") und die Veränderung der Parteienlandschaft werden zu wichtigen Themen. Das Wahlverhalten ist

zunehmend geprägt durch Enthaltung, durch Protestentscheidung oder im Sinne der ökonomischen Theorie der Demokratie durch das Bestreben, mit der Wahlentscheidung den kurzfristigen eigenen Nutzen zu maximieren.

Den Schülerinnen und Schülern vermitteln sich die Fragen der Grundrechte und der Regeln und Institutionen des politischen Systems in erster Linie an konkreten politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Darstellung der Medien. Die Definition und die Bedeutung eines Sachverhalts als ein politisch zu lösendes Problem und der politische Willens- und Entscheidungsprozeß werden durch Mechanismen des Medienmarktes beeinflusst.

Politik wird als etwas Aufbereitetes, Punktuelles, austauschbar Aktuelles erfahren; sie steht in Konkurrenz zu sonstigen Themen in den Medien, sie muß Unterhaltungswert haben, und sie ist abschaltbar. Für den Unterricht ergibt sich die Notwendigkeit, diese Darstellung aufzunehmen und zu überprüfen, Zusammenhänge und Strukturen aufzuzeigen, Orientierungswissen über die Regeln und Institutionen und den politischen Prozeß zu vermitteln und die Bedeutung der Ereignisse für die weitere gesellschaftliche Entwicklung und das eigene Leben zu verdeutlichen. Entsprechende Kenntnisse und Einsichten sind auch im Hinblick auf die Bedeutung der Menschenrechte und der sie bestimmenden Wertvorstellungen als Richtschnur des politischen Handelns zu vermitteln.

Es ist somit Aufgabe der didaktisch-methodischen Planung, die aktuellen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf latente Problemstellungen und Entwicklungen, auf institutionelle Gegebenheiten sowie auf die historischen Errungenschaften der Menschen- und Bürgerrechte und der damit verbundenen Möglichkeit der politischen Partizipation zu beziehen.

Damit bietet der Unterricht Möglichkeiten zur vertieften, politischen Reflexion und zur eigenen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Indem er dadurch den Schülerinnen und Schülern die

Teilhabe am politischen Meinungsbildungsprozeß und der politischen Auseinandersetzung in Orientierung an demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung ermöglicht, ist er unmittelbar handlungsorientiert. Indem der Unterricht sich außerdem z.B. für Podiumsdiskussionen, Befragungen und Exkursionen öffnet, bezieht er auch unmittelbar die öffentliche Diskussion und den politischen Entscheidungsprozeß mit ein. Zudem gilt es, aus dem Unterricht heraus Möglichkeiten des Engagements im schulischen und außerschulischen Bereich (z.B. Schulöffentlichkeit, praktische projektbezogene Aktivitäten) aufzuzeigen und zu eröffnen.

Fächerverbindende und fächerübergreifende Aspekte, z.B.:

Geschichte:	Menschenrechte, Demokratie- und Verfassungskonzeptionen; Entwicklung des Parlamentarismus und der Parteien; Politische Entscheidungsstrukturen im Nationalsozialismus; Entstehung des Grundgesetzes.
Religion:	Religion und die Entwicklung von Demokratie; Bedeutung der Religions- und Glaubensfreiheit für die Entwicklung von Demokratie, insbesondere in England und in den USA Christlich begründeter Sozialismus; "Deutsche Christen" - Kirchen im Nationalsozialismus; Verhältnis Staat/Kirche; Mitwirkung der Christen in der Gemeinde.
Deutsch/Fremdsprachen	Macht - Herrschaft - Widerstand in der Literatur; Universal Declaration of Human Rights; Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen; Sprachwissenschaftliche Analysen über Machtbeziehungen, z.B. zwischen Frau und Mann.
Kunst	Macht und Herrschaft in der Architektur.

Vorschläge für Kursthemen:

- Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und Prozesse der Willensbildung und Entscheidungsfindung
 - Grundlagen und Probleme
- Politikverdrossenheit und Demokratie in Deutschland
- Sozio-ökonomischer Wandel und Politisches System
- Krise der Parteiendemokratie?

Themenfeld 12 II

Menschenrechte und Politische Partizipation

<u>Thematische Kernbereiche</u>	<u>Stichworte</u>
<u>Grundlagen</u> des demokratischen Verfassungsstaates	UN-Menschenrechtsdeklaration und Grundrechte im Grundgesetz, Demokratieverständnis des Bundesverfassungsgerichtes (z.B. BVerfG-Urteil zum KPD-Verbot); Rechtsstaats-, Sozialstaats-, Mehrheits- und Repräsentationsprinzip, Gewaltenteilung, staatliches Gewaltmonopol im demokratischen Verfassungsstaat, Verfassungsgeschichte und -vergleich.
Das politische System der Bundesrepublik Deutschland und Prozesse der politischen Willensbildung; Sozio-ökonomische Entwicklung/ Auswirkungen auf das politische System und die Grundrechte	Parlamentarisches Regierungssystem, Wahlsystem, Wahlverhalten, Parteien, Einflußnahme durch Verbände und Medien, Bedeutung der Grundrechte als Maßstab politischer Entscheidungen; Legitimität und Legalität politischer Entscheidungen, neue technologische Entwicklungen und Wahrung der Grundrechte, Verfassungsgericht und politische Entscheidung, Gleichstellung der Frauen in der Politik, soziale Bewegungen.
Rolle der Medien	Medienmarkt und der Einfluß der Medien auf die Definition und Präsentation politisch-gesellschaftlicher Probleme, auf die politische Meinungsbildung und den unmittelbaren Handlungsbedarf.
Deutscher Einigungsprozeß	Kampf um Demokratie und Menschenrechte in der DDR, politische Willensbildung und Entscheidungsfindung im Prozeß der deutschen Einigung; Folgen der Einigung für die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1990, "Aufarbeitung" der DDR-Vergangenheit als Problem.
Europäische Integration	Zielsetzungen der Europäischen Integration; Internationale Einflüsse auf den nationalen Prozeß der Willensbildung und Entscheidungsfindung, europäische Entscheidungskompetenz und nationale Interessen, Europäische Union.
Theoretische Bezüge	Identitätstheorie, Konkurrenztheorie, Elitetheorie, ökonomische Theorie der Demokratie, Staatstheorie, Verfassungstheorie.

Aspekte

- zum Themenfeld "Individuum und gesellschaftlicher Wandel" nehmen die Entwicklungen der sozialen Beziehungen und der sie bestimmenden Werte in der modernen Industriegesellschaft auf (z.B. Mobilität, Wertewandel, Veränderung der Sozialisation).
- zu den Themenfeldern "Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der 'natürlichen Lebensgrundlagen' bzw. der 'materiellen Existenzbedingungen'" nehmen die Entwicklungen der Arbeits- und Wirtschaftsprozesse auf (z.B. technologische Entwicklungen, räumliche Konzentration, politische Gestaltung ökonomischer, ökologischer und technologischer Prozesse).
- zum Themenfeld "Internationale Beziehungen und auswärtige Politik" nehmen die Interdependenz nationaler Entwicklungen und die Formen der übernationalen Problemlösung auf (z.B. internationale Organisationen und Konfliktlösungsinstrumente, Integrations- und Separationsprozesse, Eingriffe in nationale Souveränität).

13 I und II Themenfeld: Internationale Beziehungen und auswärtige Politik

Didaktisch-methodische Überlegungen

In der Jahrgangsstufe 13 sind sehr heterogene Problemstellungen einer insgesamt zunehmenden internationalen Verflechtung zu thematisieren. Von jedem relevanten Thema her lassen sich im Unterricht Ereignisse, Strukturen und institutionelle Bedingungen untersuchen, um differenzierte Kenntnisse der internationalen Beziehungen zu vermitteln und zu differenzierter Urteilsbildung beizutragen.

Um unterschiedliche Schwerpunktsetzungen - auch mit Rücksicht auf das kürzere Halbjahr 13 II - zu ermöglichen, wird eine systematische Abgrenzung von Themenfeldern und Problemstellungen für die beiden Halbjahre nicht verbindlich vorgeben.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind die Territorien, Völker, Gesellschaften, Kulturen und Staaten der Erde in vielfältiger Weise miteinander verbunden, voneinander abhängig, in besondere Konkurrenzverhältnisse untereinander verwickelt und dem Einfluß globaler Entwicklungen ausgesetzt. Die Komplexität dieser internationalen Beziehungen macht eine eigene Urteilsbildung oft schwierig, zumal seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation die bekannten Interpretationsmuster und Handlungskonzepte der bipolaren Weltordnung überholt sind.

In dieser Situation soll das Themenfeld vor allem hinsichtlich der Globalisierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sowie der multipolaren Strukturen internationaler Zusammenarbeit und Konkurrenz, hinsichtlich unterschiedlicher Entwicklungsbedingungen wenig entwickelter Länder und Regionen sowie hinsichtlich relevanter Konfliktpotentiale und Ansätze zur Friedenssicherung erschlossen werden.

Die folgenden Überlegungen zu den internationalen Beziehungen und der auswärtigen Politik sollen als Anregungen für die Themenauswahl und die didaktische Strukturierung des Themenfeldes dienen:

- Die internationalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen werden gegenwärtig durch drei hochindustrialisierte Weltzentren dominiert: die USA in Verbindung mit der nordamerikanischen Freihandelszone, die Europäische Union in Verbindung mit assoziierten Gebieten und die südostasiatische Region mit Japan als Wirtschaftszentrum. Im Rahmen multipolarer Strukturen kooperieren und konkurrieren diese Zentren weltweit miteinander.

- Die Globalisierung der Wirtschaft bringt zugleich alle Länder in einen Zusammenhang, von dessen Wachstumsimpulsen, aber auch Turbulenzen und Krisen die verschiedenen Regionen und Ländergruppen äußerst unterschiedlich betroffen sind. Deren unterschiedliche Lage findet ihren Ausdruck in sich wandelnden Kategorien: z.B. 'Industrieländer', 'entwickelte' bzw. 'reiche' Länder, 'Metropolen', 'Schwellenländer', 'Entwicklungsländer', 'unterentwickelte' bzw. 'arme Länder', 'abhängige' Länder, Länder der 'Dritten Welt' bzw. der 'Vierten Welt', 'Nord-Süd-Konflikt' usw., wobei die begrifflichen Differenzen auch auf verschiedene Ansätze zur Erklärung bzw. zur Abschwächung oder Überwindung von Entwicklungsunterschieden und Entwicklungsdefiziten verweisen.

Neben den exogenen sind endogene Entwicklungseinflüsse für die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen auch der wenig entwickelten Länder mitverantwortlich.

Die empirischen Gegebenheiten der Unterentwicklung werden in theoretischen Analysen reflektiert, die einerseits die Entstehung der Unterentwicklung interpretieren, andererseits Strategien für ihre Überwindung vorschlagen: z.B. Dependenztheorien, Modernisierungstheorien, Theorien zur strukturellen Gewalt, Imperialismustheorien, Typen der Entwicklungshilfe, Strategien einer autozentrierten Entwicklung.

- Die Entwicklung des Rohstoff- und Energieverbrauchs hat in Verbindung mit bisherigen Produktionsverfahren und Konsumpraktiken zu regionalen Umweltkrisen und zu Gefährdungen des globalen Ökosystems geführt. Gegenmaßnahmen werden auch durch

internationale Konferenzen erörtert. In verschiedenen Szenarien wird ein ökologischer Umbau der Weltwirtschaft für erforderlich gehalten, Einzelinitiativen haben sich bereits entwickelt bzw. werden entwickelt.

- Die Untersuchung relevanter Konfliktpotentiale und vielfältiger Ansätze zur Herstellung und Sicherung des Friedens gehört angesichts der potentiellen Kriegsfähigkeit aller Staaten ebenfalls zum Kernbereich des Themenfeldes. Dabei soll einsichtig werden, daß manifeste militärische Auseinandersetzungen sich als komplexe Prozesse entwickeln, in denen globale Voraussetzungen, regionale Gegensätze und innerstaatliche Kräfteverhältnisse eine Rolle spielen. Die Auswirkungen der militärischen Aufrüstung, die regional nach wie vor intensiv betrieben wird und hinter der weltweit politische, aber auch wirtschaftliche Interessen stehen, sind im Verhältnis zu den erreichten Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkung und Abrüstung einzuschätzen.
- Die politische Steuerungsfähigkeit der internationalen politischen und wirtschaftlichen Prozesse ist nach wie vor gering entwickelt, trotz der Vereinten Nationen und der nach ihrem Konzept koordinierten Aktivitäten (Sicherheitsrat, UN-Organisationen und -Weltkonferenzen, Internationaler Währungsfonds, Weltbank). Am ehesten scheint sie zumindest teilweise gewährleistet für die Innenverhältnisse der hochindustrialisierten Weltzentren.
- Hinsichtlich der künftigen Entwicklung Europas wird zu beachten sein, wie sich das Verhältnis der EG-Länder zu den osteuropäischen Ländern, insbesondere den Gebieten und Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des asiatischen Raumes entwickelt.
Dort werden teilweise Strukturen und Probleme sichtbar, die bisher nur in Ländern der "Dritten Welt" bekannt waren.
- Inwieweit sich positive Entwicklungsansätze für die weniger entwickelten Regionen durchsetzen lassen, wird in wissen-

schaftlichen Untersuchungen und in politischen Strategien zunehmend von gravierenden Veränderungen auch in den hoch-industrialisierten Zentren selbst abhängig gemacht.

Sowohl im Interesse einer gerechten Umverteilung wirtschaftlicher Ressourcen und der Sicherung materieller Existenzbedingungen als auch der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen der Menschheit - auch wegen der Gefahren politisch-militärischer Konfliktentwicklungen - werden Forderungen erhoben und alternative Strategien erwogen, um regionale und globale Konfliktpotentiale reduzieren bzw. manifeste Konflikte steuern zu können.

Gerade bei dieser Thematik können Verbindungen zu Experten und Verbänden, die z.B. Verantwortung für Entwicklungshilfemaßnahmen tragen oder bei anderen humanitären Hilfsaktionen mitwirken, hergestellt werden, um sich mit deren Konzepten und Intentionen auseinanderzusetzen. Die üblichen Formen forschenden Lernens und selbständigen Arbeitens können sich hier auch mit persönlichem Engagement von Gruppen oder einzelnen verbinden, die z.B. an der Schule eine Initiative für die "gerechte Bezahlung" von Produkten armer Länder bilden oder sich bei Hilfsmaßnahmen gegen Kriegsfolgen beteiligen.

Fächerverbindende und fächerübergreifende Aspekte, z.B.:

Geschichte	Kolonialismus/Imperialismus; Krieg und Frieden; Entstehung des Völkerrechts; Völkerbund - UNO;
Religion/Ethik:	Geschichte der Europäischen Einigung. Nichtchristliche Religionen; Christliche Missionstätigkeit und Theologie der Befreiung in Lateinamerika; Friedensethik; Fundamentalismen und die Entwicklung zur Modernität.
Deutsch/Fremdsprachen	Kriegserfahrungen in der Literatur; Begegnung verschiedener Kulturen.
Kunst/Musik	Interkulturelle Einflüsse; Kunst und Musik als Elemente kollektiver Identitätsbildung.

Naturwissen-
schaften

Globaler Energiehaushalt - Klimafaktoren;
naturwissenschaftliche Voraussetzungen mo-
derner Kriegsführung, Rüstung und Rüstungs-
konversion.

Vorschläge für Kursthemen:

13 I

- Außenpolitische Zielset-
zungen der Bundesrepublik
Deutschland
- Die hochindustrialisierten
Weltzentren und die 'armen
Länder'
- Spannungsfelder der Welt-
wirtschaft

13 II

- Krisen und Kriegsgefahren nach
dem Ende des
Ost-West-Konfliktes
- Nationalismus und Fundamenta-
lismus - neue Gefahren für den
Frieden?
- Zusammenarbeit und Zerfall -
Entwicklungen in Europa

13 I und II Themenfeld:

Internationale Beziehungen und auswärtige Politik

<u>Thematischer Kernbereich</u>	<u>Stichworte</u>
Internationale Kooperation und Konkurrenz zwischen den hochindustrialisierten Gesellschaften und Staaten	Weltwirtschaftliche Zusammenarbeit, Konkurrenz zwischen hochindustrialisierten Zentren der Weltgesellschaft; multipolare Strukturen und deren weltweite Auswirkungen.
Entwicklungen in Europa und europäische Integration	Europäische Union (EU), EWR, OSZE.
Industrieländer und "Dritte Welt"; Entwicklungsbedingungen industriell weniger entwickelter, armer Gesellschaften	Endogene und exogene Entwicklungsdefizite, soziokulturelle Traditionen und 'Modernisierung' von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat; Strukturen internationaler Arbeitsteilung, Weltmarktintegration und Ressourcentransfers, wirtschaftlich-politische Abhängigkeit und Zerstörung von Ökosystemen, heterogene Entwicklungsansätze und Marginalisierungstendenzen; Entkolonialisierung und 'koloniales Erbe', Entstehung von Unterentwicklung und Strategien zu ihrer Überwindung.
Friedens- und Sicherheitspolitik; internationales Krisenmanagement; außenpolitische Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland	Konfliktpotentiale hegemonialer Strukturen und sozialökonomischer Ost-West- und Nord-Süd-Disparitäten, regionale und globale Umweltkrisen, internationale Armutsmigration; Ethnozentrismus - Nationalismus - Fundamentalismus - Rassismus als Reaktion auf strukturelle Abhängigkeit und 'Modernisierungskrisen'; militärische Aufrüstung und Rüstungsbeschränkungen, strategische und institutionelle Ansätze der Friedenssicherung und politisch-militärischen Krisenmanagements; Atlantisches Bündnis, NATO, WEU, OSZE.
Theoretische Bezüge	Analysen zur Entstehung der Unterentwicklung und Strategien zur ihrer Überwindung; Theorien über die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums, den Preis des Wohlstands, den 'Kollaps der Modernisierung', Wege zum Gleichgewicht, Wege zum Überleben der Menschheit.

Aspekte

- des Themenfeldes "Individuum und gesellschaftlicher Wandel" berücksichtigen und konkretisieren die Ursachen und Wirkungen globaler sozioökonomischer Disparitäten und konkurrierender kultureller Lebensformen in den Industrieländern: z.B. Bedeutung externer Wachstumsfaktoren für materielle Verteilungsspielräume, internationale Arbeitskräfte- und Armutsmigration, Armutsphänomene wenig entwickelter Länder auch in hochentwickelten Gesellschaften.
- der Themenfelder "Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - Sicherung der natürlicher Lebensgrundlagen sowie der materiellen Existenzbedingungen" berücksichtigen und konkretisieren die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen und Folgen der Wirtschafts- und Lebensprozesse in den Industrieländern sowie deren externe bzw. globale Naturgrundlagen und Umweltbelastungen: Welthandel und internationale Kapitalbewegungen, Rohstoffpolitik und globale Entwicklungsperspektiven, politische und tarifliche Auseinandersetzungen um Wege zur Sicherung internationaler Konkurrenzfähigkeit, Strategien multinationaler Unternehmen.
- des Themenfeldes "Menschenrechte und politische Partizipation" berücksichtigen und konkretisieren transnationale Entwicklungen und Strategien hochindustrialisierter Länder sowie internationale Bemühungen um die Geltung der Menschenrechte: Integration in supranationale Handels- und Wirtschaftsblöcke; Kontroversen um staatliche Entwicklungsstrategien für arme Länder; strategische Allianzen und militärische Strategien, Kontroversen um Durchsetzung der Menschenrechte durch politisch-militärische Interventionen.

Bestell-Nr. 50261